

## **Rede**

**Reiner Hoffmann**

DGB-Vorsitzender

## **DGB-Rentenkampagne**

DGB-Bundesvorstandsverwaltung

06. September 2016 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 10:00 Uhr



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir Gewerkschaften starten heute mit unserer gemeinsamen Kampagne zur Rentenpolitik. Unser Motto lautet: „Kurswechsel“.

Ändert sich der Kurs bei der Rentenpolitik nicht schnell, sinkt das Rentenniveau gnadenlos weiter. Was das bedeutet, muss vor allem jungen Menschen klar werden: Sie sind es, die im Jahr 2040 oder 2050 ein Rentenniveau von deutlich unter 43 Prozent erwartet. Oder sie können wahlweise bis 70 oder länger arbeiten – so stellen sich das manche konservative Institutionen und Politiker vor. Einer solchen Politik wollen und werden wir nicht tatenlos zu sehen. Deswegen sagen wir, „Rente muss auch morgen reichen“.

Wir wenden uns mit dieser gemeinsamen Kampagne aller Gewerkschaften an die Politik, die Gesellschaft und gerade auch an die jungen Menschen. Wir werden mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen, bundesweit und regional, die Politik in die Verantwortung nehmen. Zusätzlich wird die Kampagne von den acht Einzelgewerkschaften um branchenspezifischen Aspekte vertieft und beispielsweise in den Betrieben begleitet.

Unsere zentrale Forderung für den Kurswechsel in der Rentenpolitik ist eine Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus. Wir fordern außerdem, dass das Rentenniveau langfristig deutlich erhöht werden muss. Und wir wollen die betriebliche Altersversorgung stärken und ausweiten.

Der erste zwingende Schritt ist die genannte Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus. Denn wenn das Niveau weiter sinkt, verliert die Rente nicht nur an Wert für die Menschen. Dieser Sinkflug beschädigt und delegitimiert die bisher beste, stabilste und vertrauenswürdigste Altersvorsorge, die wir haben: die gesetzliche Rentenversicherung. Ihr Ansehen sinkt bereits jetzt gefährlich. Die Beschäftigten erwarten aber zu Recht von der Politik eine auskömmliche Rente im Alter und bei Erwerbsminderung. Wer auf ein langes Erwerbsleben zurückblickt oder aus gesundheitlichen Gründen sein Brot nicht mehr selbst erarbeiten kann, muss sich auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung verlassen können. Daher sagen wir, „Rente muss für ein gutes Leben reichen“.

Und wir sagen auch, dies ist machbar. Den demographischen Wandel nur mit Leistungskürzungen zu beantworten, ist keine Lösung und nutzlos. Es gibt weit mehr als Leistungskürzungen, um den demographischen Wandel zu gestalten, und wir Gewerkschaften haben dafür handfeste Vorschläge. Im Mittelpunkt der Rentenpolitik muss wieder eine verlässliche Leistung stehen.

Dazu müssen wir jetzt anfangen: Wir müssen die aktuell gute Situation der Rentenversicherung und die Rücklage nutzen, um Spielräume zu gewinnen. Dazu muss die Politik endlich alle versicherungsfremden Leistungen voll aus Steuermitteln erstatten, allen voran die rund sieben Milliarden Euro jährlich für die Mütterrente. Und wir müssen so früh wie möglich beginnen, den Beitragssatz maßvoll, in kleinen Schritten, auf 22 Prozent anzuheben. Dies wird bis 2030 sowieso notwendig sein. Ziehen wir die Erhöhung vor, können wir die Demografiereserve ausbauen und das Rentenniveau stabilisieren.

Wir brauchen aber auch gute und gutbezahlte Arbeit. Die Menschen müssen möglichst gesund und im Job bis zur Rente kommen können – das erreichen schon heute viel zu wenige. Und, gerade auch dort wo dies nicht gelingt, brauchen wir sozial abgesicherte Übergänge. Zeiten mit niedrigem Lohn, Arbeitslosigkeit, Schule und Studium dürfen keine Löcher bei der Rente reißen. Solche Lücken müssen geschlossen werden. Beschäftigte erwarten zu Recht, bei Erwerbsminderung oder im Alter vor Armut geschützt zu sein –



auch wenn es Lücken in der Erwerbsbiografie gegeben hat. Auch daran messen wir die Rentenpolitik. Daher sagen wir auch: „Rente muss für Würde reichen“.

Wir fordern, dass langfristig das Rentenniveau deutlich erhöht werden muss. Wenn wir nichts ändern, werden 2040 oder 2050 Millionen der heute noch jungen Menschen von sozialem Abstieg oder gar Altersarmut betroffen sein. Das akzeptieren wir nicht. Ein stabilisiertes Rentenniveau verschafft uns Zeit, um über die Zukunft der Alterssicherung zu sprechen. Wir müssen anfangen, die gesetzliche Rentenversicherung langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiter zu entwickeln.

Wir wollen die Alterssicherung langfristig neu aufstellen. Die Grundlage dafür werden die Zahlen und Berechnungen für die Jahre nach 2030 sein, die die Regierung im Herbst vorlegen will. Diese werden wir uns genau anschauen. Aber wie auch immer diese Zahlen aussehen: Klar ist, dass die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt und der Solidarausgleich wieder verbessert werden muss. Dazu wird auch die betriebliche Altersversorgung ihren Teil beitragen können und müssen.

Wir werden den Kurswechsel in der Rentenpolitik zu einem zentralen Thema der kommenden Bundestagswahl machen. Spätestens in der nächsten Wahlperiode müssen wir den rentenpolitischen Kurswechsel angehen, sonst verspielen wir die Zukunft der jungen Leute. Bei der Verbreiterung und Stärkung der Betriebsrente gibt es ja bereits Bewegung. Aber es könnte mehr in Bewegung kommen: Auch heute schon könnten die Mütterrenten voll aus Steuermitteln finanziert werden.

Wir brauchen ein stabiles gesetzliches Rentenniveau. Das ist die Basis dafür, um mit der gewonnenen Zeit die Rentenversicherung langfristig stark aufzustellen.

Wir fordern mit unserer Kampagne: Die Leistungsfähigkeit der Rente muss wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir fordern: Das Rentenniveau muss auf dem heutigen Stand stabilisiert werden. Langfristig muss das Rentenniveau deutlich steigen.